

Auszug aus **Amelie Lanier** bei **Context XXI**

<http://contextxxi.org/--amelie-lanier--.html>
(<http://contextxxi.org/mexiko-in-der-krise.html>)

erstellt am: 23. Juni 2024

Datum dieses Beitrags: 1995

Amerikas Hinterhöfe – Teil 2

Mexiko in der Krise

Kredit zerstört Produktion

■ AMELIE LANIER

Mexiko hat im Jahr 1994 eine kleine „Weltschuldenkrise“ verursacht. Irgendetwas ist in oder mit Mexiko geschehen, das das internationale Kreditsystem – also auch solche Kredite, die sich nicht auf dieses Land beziehen, – mit einem Schlag fragwürdig erscheinen hat lassen. Mit einem Mal wurde nachgefragt, auf was für Grundlagen eigentlich kommerzielle Kredite, die an und in Mexiko vergeben wurden, beruhen. Herausgekommen ist: Auf dem *Vertrauen*, das die Kreditgeber in den mexikanischen Staat, die mexikanische Regierung haben. Den Verantwortlichen in diesem Lande wird zugetraut, die ordnungsgemäße Bedienung dieser Kredite zu wollen und auch zu können. Als die innenpolitischen Ereignisse in Mexiko im Vorjahr letzteres zweifelhaft erscheinen ließen, war das *Vertrauen* in den mexikanischen Kredit mit einem Schlag futsch und Kapitalflucht trat ein. Damit war die Rückzahlungsfähigkeit Mexikos empfindlich gestört und der Beweis endgültig geliefert, daß dieser Nationalkredit nicht auf den Leistungen der einheimischen Wirtschaft beruht, sondern von außen gestützt und aufrechterhalten wird.

Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, daß die meisten Kredite, die an Länder Lateinamerikas oder auch Osteuropas (als nächster potentieller Krisenfall wurde Ungarn gehandelt,) vergeben werden, auf sehr ähnlichen Grundlagen beruhen: Regierungen, die verkünden (und es meistens auch tun,) alle bisheri-

gen Staatsbetriebe an Private zu verkaufen, und seis auch nur zu einem symbolischen Preis, weil angeblich nur auf Grundlage 100%-igen Privateigentums gewinnbringend produziert und die Nation auf Erfolgskurs gebracht werden kann, sind eben sehr *vertrauenswürdig* und ihre Länder werden zu „*emerging markets*“. Und zwar nicht deshalb, weil um diese Betriebe so ein Griaß ist und deren Verbleib in Staatshand daher die Käufer, die sich unbedingt ihrer bemächtigen wollen, von deren Erwerb abhält.

Auf „Schlachtschiffe der Nation“, Denkmäler einstiger Träume von Souveränität, Stahlwerke, Textilfabriken und Eisenbahnnetze, ist niemand neugierig, weshalb die üblichste Form der Privatisierung oft genug die Stilllegung dieser Unternehmen ist. Aber der Beschluß der Staaten, sich wo es geht, *auszumischen* und der Privatinitiative alle Freiheiten zu eröffnen, ist Ausdruck der Botmäßigkeit der dortigen Regierungen, Land und Leute jedem, der damit etwas anfangen kann, bedingungslos zur Verfügung zu stellen.

Vertrauenswürdig ist daher der Staat, also diejenige Macht, die dort über das Territorium und dessen Bewohner gebietet, und das macht die Anziehungskraft dieser Länder aus, die „*emerging markets*“ genannt werden. Das heißt, daß anlagewilliges Kapital dort hineilt, in halb oder ganz staatliche Kreditzettel investiert und damit anderen Spekulanten satte Gewinne ermöglicht. Wird es durch Ereignisse wie in Mexiko erschreckt und haut wieder

ab, so schauen die, die das zu spät gemacht haben, durch die Finger.

Die ehrenwerte Finanzspekulation funktioniert nämlich ähnlich wie die als sehr unseriös geltenden Pilotenspiele: Solange das Spiel läuft und viele mitmachen, also immer wieder von neuem Geld zuströmt, solange machen die, die sich darauf eingelassen haben, einen Gewinn. Erst wenn das Vertrauen abbröckelt, der Zustrom an Liquidität stockt, kann das System der Gewinnausschüttung nicht mehr aufrechterhalten werden und ein guter Teil der Beteiligten fällt um sein Geld um.

Für dieses muntere Treiben ist die Währung Mexikos ein Durchgangsstadium und der mexikanische Staat diejenige Instanz, die die Spekulationsgewinne ermöglicht, indem er seine Staatsverschuldung in deren Dienst stellt.

Um zu begreifen, was das heißt und wie es dazu kommt, ist ein kleiner Rückblick auf das letzte Jahrzehnt notwendig: Mexiko hat Anfang der 80-er Jahre bereits einmal eine „Schuldenkrise“ ausgelöst. Das Land konnte die Zinsen für die Schulden, die sich im Laufe der Zeit bei ihm aufgehäuft hatten, nicht mehr zahlen. Die Reichtumsquellen, über die es verfügte, gaben diesen Schuldendienst nicht mehr her. Daraufhin wurde Mexiko von den maßgeblichen Politikern dieser Welt und den von ihnen eingerichteten internationalen Kreditinstitutionen zu einem Sanierungsfall erklärt und unter verschärfte Aufsicht des IWF gestellt, der sich von da ab in die gesamte Finanzge-

barung und Budgetpolitik Mexikos einmischte und immer das eine Ziel verfolgte: „Unnötige“ Ausgaben, d.h. unnötig vom Standpunkt der Brauchbarkeit des Landes als Anlagesphäre für Leute, die *aus ihrem Geld mehr machen* wollen, sind zu vermeiden, für von demselben Standpunkt aus „notwendige“ Spesen darf und muß der nationale Kredit strapaziert werden.

Das hat eine neuerliche strenge Begutachtung des Inventars des Landes ausgelöst: Wo kann noch ein Landstrich gewinnbringend genutzt werden? Wo werden Menschen unnötigerweise mit einer Bildung oder einer medizinischen Betreuung beglückt, die sie gar nicht brauchen, weil nämlich niemand sie braucht? Wo fehlt eine Straße zu einer potentiellen Plantage? usw. Und nach Beantwortung dieser Fragen wurden Budgetmittel flüssig gemacht oder gestrichen. So wird man zu einem „Musterschüler“ des IWF.

Mexiko hat die letzten Jahre ein maßvolles Budgetdefizit, also eine geringe innere Staatsverschuldung, präsentiert. Es hat also aus seinem Land und seiner Bevölkerung fast genauso viel herausgeholt, wie es in sie investiert hat. Wer für die Stabilität des Peso *bezahlt hat*, ist somit kein Geheimnis: Diejenigen Mexikaner, die die Infrastruktur und andere Hilfestellungen für das Kapital nicht produktiv nützen konnten, bei denen aber nichtsdestoweniger mit Steuern und Abgaben abkassiert wurde. Auch, wem sie vor allem genützt hat, läßt sich leicht herausfinden: Mexikos Auslandsverschuldung hat sich nicht verringert, sondern ist gewachsen, damit auch die Zinsen, die Mexiko an seine Gläubiger entrichten muß. Was immer in diesem Land produziert und verkauft wird, ist immer schon verpfändet an diejenigen Instanzen, die einen Peso, eine Börse, überhaupt eine Regierung, eine Staatsgewalt in Mexiko erst *ermöglichen*.

Mit dieser Wirtschaftspolitik hat Mexiko zwar Kapital angezogen, aber nicht in dem Sinne, daß dort jetzt Fabriken auf die grüne Wiese gestellt und munter drauflos produziert worden wäre. So etwas ist hin und wieder auch vorgekommen, aber der Großteil der Investitionen in Mexiko ist auf der *Börse* erfolgt. Und Objekt der Spekulation waren nicht Aktien boomender

mexikanischer Betriebe, weil es die nämlich gar nicht gibt, sondern *Staatspapiere*, länger- und kürzerfristige Anleihen des mexikanischen Staates, die mit ihrem hohen Zinsniveau Geldkapital von rezessionsgeschüttelten amerikanischen und europäischen Börsen weg- und in den vermeintlich sicheren Hafen des mexikanischen Staatskredits hingelockt haben. Mit dem ganzen Verfahren schauen also nicht nur die Normalverbraucher, die bei all dem fest verarmt sind, durch die Finger, sondern auch der Staat selbst: Er zahlt seinen Gläubigern hohe Zinsen, kann das so geliehene Geld aber gar nicht in einer Weise einsetzen, die eine Reichtumsproduktion auf seinem Territorium ermöglichen würde, sodaß die neuen Anleihen hauptsächlich dazu dienen, die Zinsen der alten zu zahlen.

Ähnlich gehen zwar alle Staaten dieser Welt vor, Staatsschulden werden nie *abgezahlt*, sondern mit neuen *weiterbedient*. Aber die Staatenwelt scheidet sich in dieser Frage sehr grundlegend in Länder, wo mit den staatlichen Kreditzetteln die heimische Produktion angekurbelt und ein teilweiser Rückfluß von Liquidität in die Staatskassa bewerkstelligt wird, und in solche, wo dieses nicht der Fall ist. Mexiko gehört zu den letzteren. Die einzigen, die von der steigenden Staatsschuld Mexikos profitieren, sind seine Gläubiger. Die haben anlässlich der vorjährigen Peso-Krise einen ziemlichen Schreck bekommen und einige Verluste hinnehmen müssen. Da haben sie festgestellt, auf welchem unsicheren Grund ihre Spekulation steht: Sie selbst schaffen zu einem guten Teil den Boden, auf dem sie sich bewegen, und sie ziehen ihn sich auch selbst unter den Füßen weg.

So eine Besichtigung der Grundlagen des eigenen Treibens führt bei den Bankiers natürlich nicht zu einer Aufkündigung ihrer Praktiken – das wäre das Ende aller Banken und allen Kredits, – sondern zu einer Aufforderung an die Politiker der maßgeblichen Staaten, das Vertrauen in die diversen fragwürdigen Nationalkredite zu stützen und zu stärken, um einen Zusammenbruch des Kreditwesens und die daraus resultierende Kapitalvernichtung zu verhindern.

Die USA haben dann auch einen Stützungskredit an Mexiko vergeben,

um den freien Fall des Peso aufzuhalten, und gleichzeitig die anderen OECD-Staaten genötigt, sich an dieser Stützungssaktion zu beteiligen. Wie weit sich an diesen Maßnahmen die Gegensätze zwischen den maßgeblichen Staaten dieser Welt äußern, ist ein anderes Thema. In diesem Artikel wird die Frage behandelt: Was bedeutet es für ein Land, wenn der Wert seiner Währung im Verhältnis zu allen anderen Währungen auf die Hälfte sinkt, also praktisch der ganze nationale Reichtum auf dem Weltmarkt nur mehr die Hälfte wert ist? Wenn zwar diverse Waren günstiger exportiert werden können, aber das Geschäft halt dann auch nur mehr die Hälfte einbringt? Wenn auch die Käufe und Verkäufe im Land, sofern sie überhaupt weiter stattfinden, dem Verkäufer nur mehr einen Teil der Mittel zur Verfügung stellen, mit denen er ursprünglich kalkuliert hat, wenn er sich außerhalb der Landesgrenzen umturnen will?

Was bedeutet es darüberhinaus für ein *Land wie Mexiko*, das sich von einem Sanierungsfall der internationalen Kreditinstitutionen zu einem Vorzeigebeispiel entwickelt hatte und ein Jahrzehnt des kontinuierlichen Wirtschaftswachstums aufweisen konnte? Wie ist übrigens dieses Wirtschaftswachstum zustande gekommen und was hat es für die mexikanische Bevölkerung bedeutet?

I. Der Peso-Sturz trifft die Wirtschaft schwer

1. Die Kaufkraft, sofern vorhanden, geht stark zurück

Die Peso-Entwertung bedeutet zunächst eine Verteuerung aller Güter, die nicht zu 100% im Land hergestellt werden. Mexiko ist ziemlich gründlich in den Weltmarkt integriert, importiert Schokolade und Mais, Kleidung und Haushaltsgeräte, Autos im ganzen und in Teilen, Maschinen und ganze Fabrikanlagen, usw. Die Folgen der Teuerung sind dramatisch: Nicht nur, daß der Verkauf von Autos und anderen Konsumgütern um 50-70% zurückgeht, die Mexikaner sind offenbar auch in solchen Bereichen zu Sparen genötigt, wo sich eigentlich nichts einsparen läßt:

„Im Staat Nuevo León mußten 150 Tortilla-Fabriken zusperren.“ (La Jornada – mexikanische Tageszeitung, 14.7.) Grund: Der Verkauf des wichtigsten Grundnahrungsmittels der Mexikaner, der Tortilla, ist um 40% zurückgegangen.

Daran zeigt sich auch die verschiedene Stellung der verschiedenen Wirtschaftssubjekte in der Krise und nicht nur dann: Der Importeur diverser Waren gibt seinen Preisaufschlag einfach an seine Käufer weiter, und die wiederum an ihre Kunden. Derjenige, der dieses Spiel nicht mehr mitmachen kann, ist der Konsument, der Endverbraucher, er ist also derjenige, der die Preissteigerungen als erster und auch in der Folge am unwiderruflichsten ausbaden muß.

Die Waren, die im Inland nicht abgesetzt werden können, zu exportieren, gelingt in den wenigsten Fällen: Der Hauptabsatzmarkt Mexikos sind die USA, die in dem NAFTA-Abkommen, das vor allem *den USA einen Markt in Mexiko sichern sollte*, Quoten für die mexikanischen Agrar- und sonstigen Produkte festgesetzt haben.

Mit der Kaufkraft der Mehrheit der Mexikaner war es bereits vorher nicht zum besten bestellt: „Wirtschaftswachstum“ hat in Mexiko zunächst bedeutet, daß die ganze Ökonomie durchforstet worden ist und jeder Flecken Land, jeder Handwerksbetrieb sich der Prüfung stellen mußte, ob dort auch ordentlich *gewinnorientiert produziert* wurde oder diese wirtschaftliche Tätigkeit womöglich nur dem Auskommen der Familie oder der Dorfbewohner diente. Jede Subsistenzproduktion, die es in Mexiko noch gab, wurde systematisch verunmöglicht, jeder Mexikaner darauf verpflichtet, für den Markt zu produzieren.

Der erste Effekt solcher Art von Wirtschaftspolitik ist, daß eine Menge von Menschen ihrer Existenzgrundlagen beraubt und in die Städte getrieben wird, wo sie sich nach Möglichkeit als Arbeiter verdingt. Der Lohn eines mexikanischen Arbeiters reicht nicht aus, um eine Familie zu ernähren, so daß Kinderarbeit in diesem Land etwas völlig übliches ist. Darüberhinaus finden – obwohl die Politiker Mexikos in- und ausländisches Kapital mit dem Vorteil ködern wollen, Mexiko sei ein

Billiglohnland –, immer weniger Mexikaner einen Anwender, der auf ihre Arbeitskraft scharf ist, um damit irgendwelche Waren zu produzieren. Die Billigkeit des Arbeiters ist eben nicht die einzige Bedingung, auf die Investoren bei der Auswahl ihrer Standorte achten. 40% der erwerbsfähigen Bevölkerung Mexikos arbeitet im „informellen Sektor“ und versucht sich als fliegende Händler oder Betreiber von Tortillapfannen oder Speiseeisstandln an Straßenecken ein Einkommen zu verschaffen. Wobei der Begriff „erwerbsfähig“ sehr elastisch ist: Es fängt bei der Berufsgruppe dieser Art von Selbständigen ungefähr mit dem Alter von 5 Jahren an.

Der besagte „informelle Sektor“ erstreckt sich auch auf jede Menge krimineller Machenschaften: Raub und Einbruch, Drogenanbau und -schmuggel, Schlepperwesen und Kinderhandel – im ganzen und vielleicht auch in Teilen: An vielen öffentlichen Plätzen sind Steckbriefe ausgehängt, mit denen Eltern ihre seit Monaten oder Jahren verschwundenen Kinder suchen. Zum Gedeihen der organisierten Kriminalität trägt nicht unwesentlich bei, daß Angehörige der schlecht bezahlten Exekutive oder der verschiedenen Armee-Einheiten vermehrt dazu neigen, zur Aufbesserung ihres Einkommens gelegentlich die Hand aufzuhalten und die Augen zuzumachen, mit Waffen zu handeln oder sich selbst an kriminellen Geschäften zu beteiligen: Im August wurde der Chef der Anti-Raub-Abteilung des Staates Sinaloa verhaftet, weil sich herausstellte, daß er der Anführer einer in großem Maßstab operierenden Einbrecherbande war.

2. Der Verkauf stockt, die Produktion schrumpft

Der Handel verzeichnet also drastische Einbußen, Käufe und Verkäufe gehen stark zurück. In dieser Stunde der Wahrheit erweist sich, wie viele davon auf Kredit gegründet waren: Die beschränkte Zahlungsfähigkeit der Abnehmer wurde überwunden, indem der Verkäufer den Kunden kreditierte. Auch hier gibt es verschiedene Arten von Kundschaft: Die verschiedenen Händler, – Importeur, Groß- und Detailhändler – kreditieren einander, weil der

augenblickliche Engpaß an Zahlungsfähigkeit nicht zum Scheitern eines Verkaufes führen soll, der Händewechsel der Ware und der des Geldes finden nicht gleichzeitig statt, der Verkauf kommt dennoch zustande. Auch hier ist der Dumme der Endverbraucher, der den Kauf nicht tätigt, um ein Geschäft zu machen, sondern um den erworbenen Gegenstand zu benutzen, darin zu wohnen, damit herumzufahren, etc. Diese tragische Figur auf der Bühne des Warentausches verarmt sich bereits durch den gewöhnlichen Kauf, weil sie durch den Verbrauch des Geldes ihre eigene, ohnehin schon geringe Zahlungsfähigkeit weiter einschränkt. Noch größer wird das Loch im Geldbörstel, wenn sie auf diese Summe, weil sie sie auf einmal gar nicht aufbringen, auch noch Zinsen entrichten müssen. (Das ist hierzulande genauso üblich wie in Mexiko, ein Hinweis darauf, daß auch hier das Einkommen der Mehrheit der Bevölkerung für den Erwerb gewisser Güter einfach nicht ausreicht.) Autos wurden in Raten abgestottert, die Erfindung der Kreditkarte ermöglicht es, sich beim Erwerb einer Ware vom Zustand des Bankkontos zeitweilig unabhängig zu machen. Jetzt können Raten nicht mehr gezahlt, leere Konten nicht mehr aufgefüllt werden. Da erweist es sich dann, wie wichtig diese traurige Gestalt, der Konsument, für das ganze Treiben der Geschäftsleute ist: Die Händler werden ihre Ware nicht mehr los, sie können weder alte noch neue Zahlungen begleichen, sich in folgedessen nicht mit frischer Ware eindecken, und die Fabriken bleiben auf ihren Produkten sitzen. Damit fehlt ihnen die Liquidität, um einen neuen Produktionskreislauf zu beginnen. Die Produktion ist im ersten Halbjahr 95 um 5,8% zurückgegangen und eine Erholung ist nicht in Sicht. (Quartalsbericht des mexikanischen Finanzministeriums.) Im ganzen Land stehen Betriebe still, weil sie keine Rohstoffe einkaufen oder die Stromrechnung nicht bezahlen können.

Ein besonderer Fall ist der Agrarsektor. Die Forderung, daß heimische Agrarprodukte nicht dafür da sein sollen, mexikanische Mägen zu füllen, sondern um als Exportschlagler die Handelsbilanz aufzubessern, ist nicht ohne Wirkung geblieben: Erstens hat das dazu geführt, daß Mexiko zwar z.B. der

weltgrößte Produzent von Avocados ist, gleichzeitig aber immer mehr Grundnahrungsmittel eingeführt werden müssen, und daß zweitens die Weltmarktpreise dergestalt auf die Produzenten zurückschlagen, daß „in den letzten 6 Jahren 85% der 18 Mill. Hektar Anbaufläche aufgehört haben, sich selbst zu finanzieren“. (La Jornada, 12. 7.) Die meisten Landwirte sind bei den Banken schwer verschuldet und viele von ihnen erhalten keinen Kredit mehr. Oft sind sie von der Exekution bedroht. Vor allem im Süden Mexikos stürmen und besetzen verzweifelte Kleinbauern Gemeindeämter und Rathäuser, um von den lokalen Behörden die Bereitstellung von Dünger und Pestiziden zu erzwingen, ohne die sie die nächste Ernte abschreiben können. Diese Aktionen werden, da die Kassen der Gemeinden auch leer sind, meistens durch Einschreiten der Exekutive beendet.

Wer kann, wälzt seine Zahlungsunfähigkeit auf den nächsten ab. Das kann natürlich auch wieder nur derjenige, der in der *Sphäre des Geschäfts* beheimatet ist: Zuckerraffinerien zahlen den von den Bauern bei ihnen abgelieferten Zucker nicht, weil sie angeblich illiquide sind; Fabriken zahlen an die Arbeiter monatelang keinen Lohn aus, weil „ihre Einnahmen das nicht erlauben“. Daß das auf Dauer keine Lösung der Absatzschwierigkeiten ist, wissen allerdings auch alle: Von den Mitgliedern von Kleinbauernverbänden bis zu denen der mexikanischen Industriellenvereinigung Coparmex bestürmen diverse Interessensvertretungen die Regierung, doch endlich einzugreifen und den *Staatskredit* in irgendeiner Form zur Schaffung von zahlungsfähiger Nachfrage einzusetzen.

3. Die Banken steigen verhältnismäßig gut aus

Die Monopolisten des Kredits, die Banken, sind – entgegen anderslautenden Klagen einiger Vertreter dieser Zunft – fein herausen:

„Die Banken haben ein glattes Geschäft gemacht ... und die bei der Reprivatisierung getätigten Investitionen wieder hereinbekommen, meldete der universitäre Forscher S.D. ... In Krisenzeiten seien die Banken die einzigen, die ihre Gewinne wahren und steigern können.“ (La Jornada, 7. 8.)

Diese Behauptung gibt einige Rätsel auf. Wenn im ganzen Land eine Absatzkrise herrscht und die Produktion stockt, wenn der kommerzielle und der Konsumentenkredit in sich zusammensacken, womit machen dann die Banken ihren Gewinn? Der beruht doch zunächst einmal auf dem Geschäftsgang ihrer Schuldner, und deren massenhafter Bankrott kann für die Banken nicht Anlaß zur Freude sein. Sie können die verstärkte Nachfrage nach Leihkapital kurzfristig ausnützen und dessen Preis hinaufsetzen, aber die Erhöhung des Zinses nützt nichts, wenn der Schuldner ihn so oder so nicht mehr zahlen kann.

Wenn die Banken dennoch in der gegenwärtigen Krise gut dastehen, so kann es nur daran liegen, daß ein guter Teil ihrer Kreditvergaben und sonstigen Geschäfte nicht mit mexikanischen Betrieben oder Privatpersonen gemacht worden ist, sondern mit einem vergleichsweise krisenfesten Subjekt: Mit dem mexikanischen Staat.

Der Handel mit mexikanischen Staatspapieren hat die Banken Mexikos in den letzten Jahren groß und fett werden lassen, und dadurch haben sie auch eine kapitalkräftige Kundschaft von in- und ausländischen Geldbesitzern, die in der gegenwärtigen Krise um ihre Gewinne fürchten müssen, nicht aber um ihre Existenz. Damit ist der Banksektor Mexikos ein Stück der Nationalökonomie, den man als Eingangshalle oder als Schaufenster für ausländische Investoren bezeichnen könnte. Ein Handwerksbetrieb in einer mexikanischen Stadt oder eine Plantage auf dem Land kann ausschauen, wie sie will, ihre Buchhaltung, sofern vorhanden, noch mit Holzstäbchen im Sand gemacht werden – das interessiert niemanden, dort geht keiner nachschauen, wies um die Wirtschaft Mexikos bestellt ist. Kommen jedoch Banken ins Gerede, so ist Feuer am Dach und die Frage, ob Mexiko noch das Vertrauen der Anleger verdient, steht sofort auf der Tagesordnung.

Also wird von Seiten der Regierung und derer Berater auf den Zustand dieses Sektors besonders geachtet. Das ist dann der zweite Grund für die Ertragslage der Banken: Zum Unterschied von Unternehmen beliebiger Größenordnung, deren Bankrott die mexikanische

Regierung in Kauf nimmt, wird bei den Banken alles getan, um einen Krach zu vermeiden. Den Banken galt auch vor allem das Augenmerk der ausländischen Politiker und Investoren: Der Löwenanteil des vorjährigen „Hilfspaketes“ zur Stützung des Peso wurde von der mexikanischen Regierung zur Stützung des Banksektors eingesetzt. Das zeigt auch, was der Inhalt einer solchen „Hilfe“ ist: Sie dient dazu, ausländische Gläubiger des mexikanischen Staates vor Schädigung zu bewahren, nicht dazu, der mexikanischen Wirtschaft auf die Sprünge zu helfen.

Die schaut dabei nämlich sehr schlecht aus: Die Zinsen, die inzwischen in Mexiko für Bankkredite verlangt werden – 40-60% – könnten nicht einmal dann abgezahlt werden, wenn im Lande Konjunktur herrschte und die Betriebe ihre Waren problemlos absetzen könnten. Um so weniger, wenn sie, wie jetzt, auf ihnen sitzenbleiben. Bereits jetzt sind die Banken Mexikos Besitzer von einer Menge Immobilien, die auf dem Wege der Pfändung und auf ähnliche Weise in ihren Besitz gelangt sind und demnächst zur Versteigerung ausgeschrieben werden sollen – wofür die Werbetrommel besonders heftig in den USA gerührt wird, da sich in Mexiko vermutlich nicht allzu viele zahlungsfähige Interessenten finden werden. Die betreffenden Objekte sind allerdings Immobilien der gehobenen Klasse: Hotels, Strandgrundstücke, Bürohäuser. Bei agrarisch genutzten Grundstücken ist die Pfändung durch die Bank die zeitgemäße Form des Bauernlegens, deren Ergebnisse dann von den besorgten Freunden der betroffenen Kleinbauern als die „Agrarfrage“ beklagt werden.

Ob die Banken mit ihrem Verkaufsprogramm viel Erfolg haben werden, ist fraglich: Wenn schon mexikanische Staatsschuldverschreibungen sich inzwischen als unzuverlässige Form der Geldanlage erwiesen haben, so wird auf mexikanische Immobilien auch kein großer Run einsetzen.

II. Was tun?

1. Reaktionen der Betroffenen

Manche Bankkunden, die ihre inzwischen aufgelaufenen Schulden selbst dann nicht begleichen könnten, wenn ihr Geschäft florieren würde, versuchen

auch auf dem Gesetzeswege, ihren drohenden Ruin abzuwenden: Die Kreditgenossenschaft „El Barzon“, die Kleinunternehmer aus verschiedenen Sektoren der Wirtschaft vereinigt, strebt eine Klage gegen die Banken Mexikos an, und zwar wegen *Wucher*. Das erscheint zunächst absurd oder realitätsfremd: Wucher im *ökonomischen* Sinne liegt zwar zweifelsohne vor, wenn eine Bank Zinsen verlangt, die die Zahlungsfähigkeit des Schuldners bei weitem übersteigen. Wucher im *rechtlichen Sinne* hingegen ist im modernen Kapitalismus ein unbekanntes Delikt und die Beschwerde „Das ist ja Wucher!“ gehört in die private Sphäre des moralischen Rechts, in der das eine oder andere Individuum eine Ungemäßheit zwischen den eigenen finanziellen Mitteln und den geforderten Preisen festgestellt zu haben vermeint. Die Klage gegen Wucher entbehrt mit Sicherheit auch in Mexiko jeglicher Grundlage: Wenn Banken säumigen Schuldnern Zinseszinsen verrechnen oder für kurzfristige „Überbrückungskredite“ höhere Zinsen ansetzen, und außerdem ihre Zinspolitik nach innen dem Außenwert der nationalen Währung entsprechend modifizieren, so handeln sie damit im Einklang mit international üblichen Praktiken und daher wohl auch mit den Gesetzen Mexikos, die sich ja gerade an diesen orientieren.

Die „Barzonisten“ zielen mit einer Wucherklage auch nicht auf den dürren Buchstaben des Gesetzes, sondern sie wollen mit dieser Klage die mexikanische Regierung oder Justiz dazu zwingen, Farbe zu bekennen: Was ist euch wichtiger, Finanz- oder produktives Kapital? Was die zusätzliche Frage enthält: Mit wem haltet ihrs, mit dem Ausland oder mit den eigenen Unternehmern? Diese Frage ist aber schon längst beantwortet, die Regierung Mexikos hat gar keine Wahl, und es ist nur dem patriotisch beschränkten Gesichtskreis dieser ehrbaren und unverschuldet ins Unglück geratenen Kleinunternehmer zu verdanken, daß sie sie überhaupt aufwerfen. Sie meinen, es läge im Ermessen der mexikanischen Politiker, dem Drängen der einen oder der anderen Seite stattzugeben. Da wollen sie den Ausschlag geben, damit sie sich „richtig“, also für ihre eigenen Unternehmer, entscheiden.

Genauso verhält es sich mit den *wirtschaftlichen* Lösungsvorschlägen der Kreditgenossenschaft: Sie unterbreiten der Regierung den Vorschlag, einen Hilfsfonds (*fideicomiso*) einzurichten, der aus Staatsgeldern finanziert werden soll und für den der Staat, die Banken und die Schuldner gemeinsam haften sollen. Ein Vorschlag, der von verschiedenen Regierungspolitikern als „ungangbar“ zurückgewiesen wird.

Über ihr selbstbewußtes Auftreten ist diese Kreditgenossenschaft sehr populär in Mexiko geworden. Sie gilt als der Wortführer aller strebsamen Bürger, die plötzlich unverdient vor dem Nichts stehen. Das fast die gesamte Bevölkerung Mexikos, handelt es sich hier doch um ein Land, in dem in den letzten 12 Jahren liberaler Politik jedem Bürger praktisch klar gemacht worden ist, daß man nur mit Eigeninitiative ein Lebensrecht hat, in dem sich also jeder als „Unternehmer“ (Tortillapfanne, selbstgebastelte Armbänder, usw.) betätigen muß, um sich irgendwie durchzubringen.

2. Der Staat in der Klemme

Die mexikanische Regierung ist somit in einer unangenehmen Lage: Die bedingungslose Unterstützung der Banken und Befolgen aller Auflagen des IWF ist ein sehr saurer Apfel für Zedillo und Co.: Mexiko ist seit über einem Jahrzehnt als „Musterschüler“ des IWF, was nicht nur das Moment der Botmäßigkeit beinhaltet, sondern auch das des *Erfolges*: Mexiko galt, in postkommunistischen Staaten ebenso wie in solchen der sogenannten 3. Welt, als Beispiel für ein Land, das durch „richtige“ Wirtschaftspolitik seine kolonialen Strukturen abgeschüttelt, ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum erzielt, seine Industrialisierung vorangetrieben und seinen Staatshaushalt konsolidiert hatte. Mexiko stand als faktischer Beweis für einen Staat, der es durch eine Mischung aus Konsequenz, Härte und Gehorsam geschafft hat, von einem Underdog der Staatengemeinschaft zu einem respektablen Mitglied derselben, sogar zu einem OECD-Mitglied zu werden. Ein modernes Volksmärchen, das durch die Ereignisse des Jahres '94 praktisch dementiert wurde, wobei über die *Konsequenzen* dieses Dementis noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Würde nun die mexikanische Regierung den Staatskredit zum Aufkaufen des „abgelaufenen Geldbörsels“, wie die faulen Schulden in Mexiko genannt werden, einsetzen, so würde sie gegen die monetaristischen Auflagen des IWF und des „Hilfspakets“ von 1994 verstoßen; würde ein mexikanisches Gericht zugunsten von „El Barzon“ entscheiden, so würde Mexiko das Vertrauen internationaler Anleger verlieren, auf das es doch den Leitern der Geschicke dieses Landes so sehr ankommt. Damit träte die mexikanische Regierung in offenen Gegensatz zum Ausland, in erster Linie den USA, aber auch den internationalen Institutionen, IWF und Weltbank, Investmentfonds usw. Sie würde jeden Kredit verspielen, die Abkommen, die sie im Rahmen der NAFTA unterzeichnet hat, brechen und sich de facto gegen den Weltmarkt stellen, somit riskieren, wie Kuba behandelt und mit einem Embargo belegt zu werden. Ein völlig ungangbarer Weg also, der von der mexikanischen Regierung – ungeachtet ihrer Überzeugung, sondern allein aus dem praktischen Kräfteverhältnis heraus – keineswegs eingeschlagen werden kann.

Setzt Mexiko jedoch den bisherigen Kurs fort, so toleriert es die Fortsetzung der Zahlungsunfähigkeit im Lande, nimmt alle Bankrotte in Kauf und gestattet somit, daß die *produktive Basis*, die in Mexiko noch existiert, verschwindet. Das bedeutet ein endgültiges Scheitern des Projektes des Aufstiegs in die Reihen der erfolgreichen Nationen, von dem nur Ruinen zurückbleiben. Ein Umstand, der das Vertrauen in den mexikanischen Staat und seine Währung auch nicht gerade begünstigen wird.

III. Das Verhältnis von Staat und Volk

1. Die politische Kultur in Mexiko und die Rolle der Opposition

Keine Regierung Mexikos hat es – im Unterschied zu fast allen anderen Regierungen Lateinamerikas – in den letzten 50 Jahren für nötig befunden, die bürgerlichen Freiheiten außer Kraft zu setzen und für einige Jahre oder Jahrzehnte den Ausnahmezustand zu verhängen. Alle Repressionsmaßnah-

men und Massaker, die die mexikanische Exekutive in diesem Zeitraum veranstaltet hat, sind unter reger Beteiligung der Öffentlichkeit über die Bühne gegangen. Mexiko verfügt über eine freie Presse, die sich im stolzen Bewußtsein, die 4. Gewalt zu sein, aller Probleme der Nation annimmt und schon einmal die Regierung der Korruption und der Zusammenarbeit mit kriminellen Elementen bezichtigt.

Es ist daher folgerichtig, daß sich alle politischen Parteien in ihrer Konkurrenz der Medien bedienen und auf eine mediengerechte Selbstdarstellung Wert legen. Das ist aber nur eine Seite der mexikanischen Parteienkonkurrenz. Daneben sind, und auch nicht erst in neuerer Zeit, alle Praktiken der gewaltsamen Bereinigung von Machtkämpfen an der Tagesordnung. Der politische Mord ist ein integrales Moment der mexikanischen Politikultur und es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht mißliebige Bauernführer, Indianervertreter, Aktivisten von Oppositionsparteien, Richter und Anwälte von Killerkommandos oder auch von Mitgliedern der Gendarmerie aus dem Weg geräumt werden, manchmal sogar zur besonderen Abschreckung vor den Augen ihrer Familienmitglieder. Auch innerhalb der Regierungspartei hat diese Form der Bereinigung von Machtfragen in letzter Zeit zugenommen, was sogar in die ausländische Presse vorgedrungen ist und zur Erschütterung des Vertrauens in die mexikanische Währung wesentlich beigetragen hat. Bei der Untersuchung der Hintergründe der Ermordung der Spitzenpolitiker Ruiz Massieu und Colosio tappt die mexikanische Justiz bis heute im Halbdunkeln, da alle Spuren zu heutigen Spitzen der Regierung führen und aus diese Ecke einiges zu deren Verwischung beigetragen wird.

Seit die Regierungspartei der Institutionalisierten Revolution sich der Parteienkonkurrenz stellt und auch Oppositionsparteien die Kommandohöhen der Macht erklimmen – bisher vor allem auf regionaler Ebene –, hat der Wahlschwindel und die Beschuldigung wegen Wahlschwindel Konjunktur: Die unterlegene Partei beschuldigt nach der Wahl auf jeden Fall einmal die Wahlsieger, es sei nicht mit rechten Mitteln zugegangen und läßt ihre Basis auf-

marschieren, was meistens Gegendemonstrationen, Einschreiten der Polizei und Verletzte, manchmal sogar Tote zur Folge hat. So belebt die demokratische Errungenschaft der Wahl noch einmal zusätzlich die politische Landschaft Mexikos.

2. Das Dilemma Mexikos: Gewalt ohne Geschäft

Bei allen politischen Freiheiten läßt es die mexikanische Regierung freilich keineswegs an der Klarstellung fehlen, wer der Herr im Haus ist. Wo das Elend der Landbevölkerung Aufstände wahrscheinlich werden läßt, wird einiges an Gewaltmitteln bereitgestellt: Die Staaten Chiapas und Guerrero sind faktisch von der Armee besetzt, Chiapas mit rund 40.000 Mann.

Die Erdölgesellschaft PEMEX, die bis vor kurzem die Haupteinnahmequelle des mexikanischen Staates war (inzwischen ist der Großteil ihrer Einnahmen als Sicherstellung der Kredite an diverse internationale Finanzinstitutionen verpfändet,) verfügt über eine eigene mit Hubschraubern und Panzern ausgerüstete Schutztruppe, die über Protestaktionen von Anrainern oder aufmüpfigen Arbeitern ohne viel Federlesens drüberfährt. PEMEX belastet sich nämlich nicht mit „überflüssigen“ Sicherheits- und Schutzmaßnahmen und geht beim Abbau des schwarzen Goldes sehr rücksichtslos gegen Land und Leute vor, was im Extremfall zu Explosionen und größeren Katastrophen führt, im Normalfall dazu, die nähere und weitere Umgebung der Ölquellen und Raffinerien für Anbau- und Wohnzwecke unbrauchbar zu machen. In weiser Voraussicht, daß dies zu Konflikten führen wird, hat PEMEX daher eine Privatarmee zur Verfügung – an dieser Stelle scheut der mexikanische Staat keine Kosten!

Schließlich ist die Armee und Polizei Mexikos damit beschäftigt, Drogen- und Menschenschmuggel zu bekämpfen. Selbst wäre es ja hauptsächlich Durchgangsland und nicht Endstation für diese heißen Güter, aber die USA setzen Mexiko seit Jahren und seit dem Abschluß des Freihandelsvertrages verstärkt unter Druck, sich als verlängerter Arm der US-Polizei und Einwanderungsbehörde zu betätigen. Den Schlepperorganisationen ist noch mit herkömm-

lichen Methoden beizukommen, aber der Kampf gegen die Drogenhändler nimmt sowohl in grenznahen Gebieten als auch im Inland Formen an, die bereits an kolumbianische Verhältnisse erinnern – Hubschrauber werden abgeschossen, Polizeiabteilungen in Hinterhalte gelockt, usw.

Die mexikanische Regierung läßt gegenüber der eigenen Bevölkerung sich er keine falsche Rücksichtnahme walten, sich also keineswegs „von der Straße erpressen“. Ihr Problem ist eher das Gegenteil: Sie kann mißliebige Kritiker und aufrührerisches Landvolk beseitigen und tut das auch ohne große Probleme, aber darin erschöpft sich auch ihre Rolle als Subjekt des Geschehens. Was sie nicht erreichen kann, ist, daß sie durch gewalttätiges Durchgreifen ihr Volk wieder zur *Reichtumsquelle* macht. Die Armen lassen sich natürlich durch Gewalt dazu zwingen, gehorsam zu sein, aber gehorsam wobei? Es ist weit und breit keine Verwendung für außer Brot gesetzte Mexikaner in Sicht. Wenn sie niemand braucht, niemand ihre Arbeit zu seiner eigenen Bereicherung benützen will, so ist ihr Elend *Endergebnis* der Veranstaltung und nicht *Ausgangspunkt* eines „Wirtschaftswachstums“. Und diejenigen Subjekte, die die Anwendung fremder Arbeitskraft zu ihrem Beruf machen, die vielgepriesenen Investoren, meiden Mexiko inzwischen ziemlich gründlich. Für sie hat es offensichtlich als Wunderland ausgedient.

3. Die Rebellion in Chiapas

a) Die Lage in Chiapas

Die Guerillaführer der EZLN haben sich für ihr Auftreten auf der politischen Bühne zielsicher eine der ärmsten Regionen Mexikos ausgesucht. Chiapas ist ein schönes Beispiel für die trostlose Lage der bäuerlichen Kleineigentümer, deren Erträge von Jahr zu Jahr zurückgehen, während die Auslagen, die sie haben, und die Abgaben, die ihnen aufgebremmt werden, von Jahr zu Jahr steigen. In die unfruchtbareren Regionen verdrängt und bis über die Ohren verschuldet, ernährt sich ein guter Teil der Bevölkerung von Chiapas – wie schon ihre Eltern und Großeltern – von Mais und schwarzen Bohnen. Über die Hälfte der Kinder in Chiapas ist unterernährt, ein Drittel von ihnen kennt

Milch nur vom Hörensagen, und die Cholera hält sich – übrigens nicht nur in Chiapas, sondern auch in anderen Teilen Mexikos – seit Jahren hartnäckig. Als sich im Zusammenhang mit der Rebellion die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit verstärkt auf Chiapas richtete, wurde festgestellt, daß es inzwischen auch Lepra dort gibt. Seither schicken humanitäre Organisationen Bittbriefe um kostenlose Hilfe in Länder, wo ein Anti-Lepra-Medikament hergestellt wird, denn für den Ankauf dieser Medikamente ist in Mexiko kein Geld da.

Um die Verteilung der knappen Lebensgrundlagen, des Bodens und staatlicher Gelder, toben heftige Kämpfe: Anhänger evangelischer Sekten werden von der katholischen Mehrheit zum Verlassen der Gemeinden gezwungen, lokale Funktionäre der verschiedenen Parteien liefern einander heftige Kämpfe, oft genug mit tödlichem Ausgang, obskure „Kaziken“ nehmen willkürliche Landverteilungen vor und die Amtsträger in den Gemeinden nutzen ihre Stellung augenscheinlich zu ähnlichen Zwecken.

Schon vor den Zapatisten haben die Eingeborenen von Chiapas Anwälte gefunden. Die Vertreter der katholischen Kirche in diesem Staat sind in das schiefe Licht geraten, ihre Schafe entgegen ihrer hehren Verpflichtung, ihnen frommen Gehorsam einzutrichern, gegen die Obrigkeit aufgestachelt zu haben, und die mexikanische Regierung hat alle ausländischen Priester ausgewiesen und die einheimischen mit herber Kritik bedacht. Einige der Gottesmänner haben tatsächlich eine zwar vom *Inhalt des Glaubens* her – Kamel und Nadelöhr und so, – nicht verwunderliche, aber vom *Standpunkt der Staatskirche* sehr sachfremde Interpretation ihres Amtes:

... Ich habe mich viele Stunden als Beichtvater in Santiago de Tila betätigt und dorthin kommen alle Arten von Menschen, manche mit dem Flugzeug und andere barfuß. Ich habe mich nie geweigert, jemandem die Beichte abzunehmen. Aber es ist klar: Den Armen macht die Realität empfänglicher für das Wort Gottes ... Es ist der Reiche, der sich selbst aus der Gemeinschaft der Gläubigen ausschließt. ... Nach offizieller Darstellung sind wir ausgewiesen worden, weil wir angeblich

Landbesetzungen initiiert und die Landbevölkerung aufgestachelt haben, sich zu organisieren. ... Man beschuldigt uns, zu politisieren. Aber wo ist die Grenze zwischen Seelsorge und Politik? ... Im Ausland gibt es eine katholische Hierarchie, die mehr politische Arbeit verrichtet als religiöse, und dennoch werden diese Leute nie beschuldigt, Politik zu treiben.“

„Auf wen beziehen Sie sich dabei?“

„Auf diejenigen, die ihre jeweiligen Regierungen unterstützen. Des Politisierens werden nur diejenigen beschuldigt, die sich auf die Seite des Volkes stellen.“

(Der spanische Geistliche Rodolfo Izal, vormals Pfarrer von Sabanillas in Chiapas, in einem Interview in La Jornada,

14. 6. 95)

Der Mann verkörpert das Dilemma derjenigen religiösen Hirten, die der „Theologie der Befreiung“ anhängen. Die Armen sind ihr wichtigstes Klientel, denn die brauchen den Trost, den die Kirche spendet, am allernötigsten. Wenn aber deren Elend solche Ausmaße annimmt, daß sie in ihrer Existenz bedroht sind, so kommt schon einmal bei einem Seelsorger Entrüstung darüber auf, daß den Menschen alle moralische Gottgefälligkeit auf Erden nichts gegen Hunger und Krankheiten nützt und er sie nur auf den Himmel verweisen kann. Wer also nicht die Praxis der Mutter Theresa ergreifen und gleich Sterbehilfe leisten mag, kann leicht mit der Obrigkeit in Konflikt geraten, wenn er sich um die materiellen Belange seiner Anbefohlenen kümmern will. Die Vertreter der weltlichen Hierarchie schätzen und fördern die Kirche nämlich aus dem umgekehrten Grund: Weil sie die Verdammten dieser Erde dazu erzieht, ihre Lage als Prüfung zu begreifen und zu erdulden und nicht womöglich gegen deren Verursacher aufzubegehren.

b) Die EZLN, Zapata und die Indianer

Die Führer der EZLN haben von Anfang an ihre Wirkung gar nicht auf ihre *militärischen* Mittel berechnet, die sich mit der mexikanischen Armee nicht im entferntesten messen können, sondern auf die Besonderheiten der mexikanischen Politmoral. Das beginnt schon beim Namen: Die Berufung auf Emiliano Zapata, den Bauernführer im Staat

Morelos während der mexikanischen Revolution, der Enteignung der Grundbesitzer und Landverteilung an die Bauern forderte, gehört zunächst zum ideologischen Repertoire noch jeder mexikanischen *Regierung*, auch wenn dieselbe gerade alles nötige dazu tut, damit sogar diejenigen, die Land besitzen, von ihm nicht mehr leben können. Im August dieses Jahres z.B. hat der mexikanische Landwirtschaftsminister gerade erst einen Festakt in Zapatas Geburtsort veranstaltet, wobei auch seinen Nachfahren irgendeine Medaille umgehängt wurde, während im benachbarten Bundesstaat zwei Wochen vorher 17 Bauern bei einer Demonstration von der Polizei erschossen worden sind.

Um so mehr adelt die Berufung auf Zapata eine *oppositionelle Bewegung*, die die alten Ideale der Einheit von Staat und Volk um so glaubwürdiger einklagen kann, als sie eine neue, noch nicht durch Jahrzehnte Regierungspolitik diskreditierte politische Kraft ist.

Die sonstige Politik der EZLN steht ganz im Zeichen der nationalen Versöhnung, die auf die anfängliche Konfrontation folgen soll: Die Guten sollen sich zusammenschließen gegen die Bösen und das Land aus dem Schlamassel, in dem es heute steckt, herausführen. Die Diagnose der Krise Mexikos durch diese Bewegung hält sich bei biederen *Analysen* nicht lange auf, sondern hier wird einfach konstatiert: Es herrschen die Falschen, deshalb ist alles im Arsch:

Die Ausweisung der 3 ausländischen Geistlichen ist ein Teil der Strategie des »Dialogs und der Verhandlung« der Mißregierung ... Die Hinweise auf Mißbräuche im Zusammenhang mit den Wahlen in Tabasco und Yucatán stoßen bei der Obersten Regierung auf taube Ohren; die Ermordung des Untersuchungsrichters P.U. beweist, daß die salinistische »Methode, Politik zu machen« mit dem Abgang von Carlos Salinas de Gortari aus Los Pinos (= der Sitz der mexikanischen Regierung) nicht aufgegeben worden ist; der Massenmord an Indigenas in Guerrero ist die Antwort der Regierung auf friedliche Proteste und eine Bestätigung ihrer feindseligen Politik gegenüber den Indigenas ... die Intoleranz gegenüber Homosexuellen und Lesben stellt den Versuch dar, eine heuchlerische und korrupte Moral zu bemän-

teln, und die illegale Militarisierung von Mexiko City ist erst ein Vorbote des wahren politischen Projektes des Systems der Staatspartei.

(„Corre la voz“ – unregelmäßig erscheinende Zeitung der oppositionellen „Partei der Demokratischen Revolution“, Nr. 273, Juli 1995)

Was immer dieses politische Projekt sein mag. Diese Aufzählung von Mißständen hält sich bei Warums und Weils nicht auf, alle Übel dienen nur zur *Bebilderung* dessen, daß die Regierung in den falschen Händen ist, weil den Oberen alles Verantwortungsbewußtsein für das Wohlergehen ihrer Untergebenen abgeht. Der EZLN ist die Frage, ob irgendeine Regierung der Welt deswegen existiert, weil sie ausgerechnet das Wohlbefinden ihrer Untertanen zum Anliegen hat, ebenso wie ein genaueres Nachfragen der politischen und wirtschaftlichen Gründe für die traurige Lage der einheimischen Landbevölkerung völlig fremd. (Da könnte man nämlich zu dem Schluß kommen, daß deren Beseitigung mit dem bloßen Auswechseln des politischen Personals nicht gelingen kann.)

Die EZLN gründet ihre Kritik am Staat im Namen des Volkes, das etwas Besseres verdient hat, nicht einfach auf den Umstand, daß Armut beseitigt gehört. Das Enteignungsprogramm Zapatistas war bei aller Blauäugigkeit über die Segnungen des Eigentums an Grund und Boden zehnmal konkreter und revolutionärer als das der heutigen „Zapatisten“: Diese klagen vielmehr Achtung der Menschenwürde und der indianischen Traditionen ein und strecken damit wieder indirekt die Hand zur Versöhnung mit den vielgeschmähten Machthabern aus: Keine Regierung der Welt setzt es sich nämlich zum Zweck, die Menschenwürde *nicht* zu achten, auch die mexikanische nicht; und der Kniefall vor den indianischen Traditionen gehört zum nationalen Selbstverständnis Mexikos. Die Regierung beklagt sich heuchlerisch immer wieder darüber, daß das eine oder andere Rückzugsgebiet, in dem sich angeblich indianische Lebensformen gehalten haben, – leider! – dem Fortschritt und dem Allgemeinwohl zum Opfer fallen muß, wenn eine Straße durch das Gebiet gebaut, eine Ölquelle erschlossen oder eine Fabrik hingestellt werden. Es

gehört gerade zu der Praxis des modernen Konquistadorentums, die rücksichtslose Unterwerfung von Land und Leuten unter die Bedürfnisse der Wirtschaft so zu betreiben, daß dabei ausdrücklich die formale Anerkennung der Besonderheiten der betroffenen Region oder des betroffenen Stammes betont wird. Nicht um Gehässigkeit gegenüber fremden Gewohnheiten geht es, wenn Land, das bisher der bescheidenen Ernährung von Indios gedient hat, über Pfändung, Versteigerung oder „Landtausch“ in Anbaufläche z.B. für Export-Obst verwandelt wird – es handelt sich, so die offizielle Sichtweise, um „Sachzwänge“ des Weltmarktes, denen sich die Regierung Mexikos leider genausowenig entziehen kann wie die eines anderen Landes.

Das ändert zwar nichts an der Lage derer, die ihren Mais jetzt auf irgendeinem kargem Berghang anbauen oder gleich in die nächstgelegene Stadt betteln gehen müssen, aber sie können sich damit trösten, daß es nicht persönlich gemeint war.

Diesem propagandistischen Kunstgriff kongenial sind die Freunde der Indigenas, die den Geschäftsleuten, die sich gerade ihres Landes bemächtigen, und den Politikern, die diese „Umverteilung“ ermöglichen und absegnen, Angst vor „dem Anderen“, vor der „Fremdheit“ bescheinigen. Die Vertreter des Kapitals und der Macht werden in psychisch deformierte Hampelmänner verwandelt, die ohne Grund anderen Böses zufügen, weil ihr defektes Innenleben sie dazu treibt. Diese Kritik hat alle moralische Wucht auf ihrer Seite, ebenso wie sie praktisch harmlos ist, da sie die Dinge, um die es in Mexiko und auch bei uns wirklich geht, nicht angreift. Sie ist daher problemlos in das ganze Treiben integrierbar und in Form postmoderner Philosophien auch längst in die Sonntagsreden von Politikern eingebaut und weltweit anerkannt.

Auch die Zapatisten haben in dieser Frage schon einige Erfolge aufzuweisen: Die Regierung Mexikos hält sich mit einer militärischen Lösung des Chiapas-Problems zurück, die mexikanische Öffentlichkeit begrüßt die EZLN als eine reinigende Kraft, die die Korruption in Mexiko beenden soll. Subcomandante Marcos schickt zu

einem Happening auf dem Hauptplatz von Mexiko City eine von ihm besprochene Videokassette mit seinen Vorstellungen zur Politik, und dieses Video wird auf einem Riesenschirm auf dem Hauptplatz vorgeführt. Die Vorsitzende des Rates der evangelischen Konfessionen erwägt, für eine Lösung der Glaubensstreitigkeiten doch den Schiedsspruch von Subcomandante Marcos zu erbitten. Einige der größten Tageszeitungen Mexikos drucken regelmäßig die *Comuniqués* der EZLN. Außerdem hat der Mann mit der schwarzen Mütze sich in einen Geschenkartikel erster Güteklasse verwandelt, ziert T-Shirts und Mauern und ist in ganz Chiapas in Form von Stoffpuppen erhältlich.

Operetten-Volksheld einerseits, verantwortungsbewußter Politiker andererseits, der immer wieder zu Besonnenheit aufruft und verspricht, sich zum Sprachrohr aller zukurzgekommenen Interessen zu machen, nimmt Marcos in Mexiko heute eine Stellung ein wie die Queen in England, oder ein österreichische Bundespräsident wie z.B. Jonas: Eine über den Parteien stehende, über jeglichen Korruptionsverdacht erhabene Integrationsfigur für alle Mexikaner, die nichts als das Beste für ihr Volk will und vor der sich die Armen nicht schämen, die Reichen nicht fürchten brauchen: Denn er hat für alle Anliegen ein offenes Ohr und verspricht eine Versöhnung aller Menschen, die guten Willens sind.

So sieht er aus, der politische Widerstand in postkommunistischer Zeit und in einem Musterland des Wirtschaftswachstums.

Geschrieben für: **FORVM** – österreichische 2-monatlich erscheinende Zeitschrift, 1995 eingestellt. Durch das Ableben der Zeitschrift wurde der Artikel, geschrieben 1995, dort nicht mehr publiziert.

Amelie Lanier: Jahrgang 1961, Studium der Mathematik, Geschichte und Philosophie an der Universität Wien, dort Promotion zum Doktor der Philosophie 1988. Dissertation: „Über die Widersprüchlichkeit von Moralphilosophie am Beispiel Friedrich Nietzsches.“ Seither freie

Forschungstätigkeit über die Geschichte Osteuropas und des österreichischen Kreditwesens. Publikationen zum Transformationsprozeß nach 1989 und den neueren Entwicklungen im Bankwesen. Wohnort: Zell

am See. Motto: „Wenn die Pforten der Wahrnehmung gereinigt würden, würde alles dem Menschen erscheinen, wie es ist: unendlich.“ (William Blake, Die Hochzeit des Himmels und der Hölle)

Lizenz dieses Beitrags
Copyright
© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels